

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Poln. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Eingige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlich Unterhaltungsbeilage.



Eingegen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 50

Dienstag, den 27. März 1928

46. Jahrgang

Verschiebung der litauisch-polnischen Konferenz

Entscheidung erst nach Ostern in Berlin

Berlin. Die am 30. März in Königsberg zu beginnende polnisch-litauische Konferenz wird, wie zuverlässig verlautet, lediglich den Charakter einer Vorbesprechung tragen und nicht länger als vier bis fünf Tage dauern. Die Hauptkonferenz soll nach Ostern ebenfalls in Königsberg stattfinden. Der polnische Außenminister Jaleski, der polnische Gesandte Dłuski, der litauische Ministerpräsident Wolowicki und der litauische Gesandte Sidziuskas, die an der Konferenz teilnehmen, werden voraussichtlich nach etwa zwei Tagen wieder abreisen.

Das Blatt der oppositionellen Christlichdemokratischen Partei, „Głosy Zimios“, beschäftigte sich mit den bevorstehenden litauisch-polnischen Verhandlungen, die bekanntlich am 30. März in Königsberg beginnen sollen. Das Blatt schreibt unter anderem: Man brauche gar nicht erst nachzuweisen, daß diese Angelegenheit für das spätere Schicksal des litauischen Staates und des Volkes von entscheidender Bedeutung sein werde. Jeder Bürger habe daher das Recht, zu verlangen, daß auch er in einer so wichtigen Sache befragt werde. Eine das ganze Volk betreffende Angelegenheit dürfe nicht rein bürokratisch geregelt werden. Unter den gegenwärtigen Umständen sei das besonders gefährlich. Auf Litauen werde jetzt ein Druck ausgeübt, der den Zweck habe, es zur Ausführung der imperialistischen Wünsche Polens zu zwingen. Dieser Druck müßte auf einen organisierten Protest des gesamten Volkes stoßen. Die Ranzleiten der Minister könnten nicht im Namen des Volkes sprechen. Wenn sie das machen würden, so würde das Ausland nur dazu lächeln. Es scheine aber so zu sein, daß man dem Volke nicht erlauben werde, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern und in seinem Namen würden nur ernannte Beamte sprechen. Das sei ein historischer Fehler, den das litauische Volk teuer werden bezahlen müsse.

Das russische Gold in Amerika

Frankreich bezieht auf Beschlagnahme.

Von unserem Rußland-Mitarbeiter.

Gerade jetzt, wo die deutsch-russischen Beziehungen eine nicht unerhebliche Verschärfung erfahren haben, ist es interessant, einen Blick auf die Verhältnisse zu werfen, die zwischen Rußland und anderen Großmächten herrschen. Man begegnet dann einem ziemlich trostlosen Bild. England hat bekanntlich sowohl die diplomatischen wie die Handelsbeziehungen mit Rußland abgebrochen. Frankreich hat zwar noch im Jahre 1924 Sowjetrußland de jure anerkannt, ist aber über diese formelle Anerkennung nicht hinausgegangen. Sämtliche Fragen, die zwischen Rußland und Frankreich seit langem schweben, sind bis heute ungelöst geblieben. Den größten Stein des Anstoßes bildet dabei bekanntlich das Problem der Regelung der riesigen russischen Vorkriegsschuld an Frankreich. Nachdem der russische Botschafter in Paris, Kalowski, aus der französischen Hauptstadt hinausbefördert wurde, ist eine deutliche Spannung zwischen Frankreich und Rußland eingetreten, eine Spannung, die der Nachfolger Kalowskis, Dowgalewski, bis jetzt noch nicht beizulegen vermochte. Die Vereinigten Staaten stehen Sowjetrußland noch wie vor feindselig gegenüber — was sie übrigens nicht löst, einen ziemlich lebhaften Handel mit den Sowjets zu treiben. Einigermassen erträgliche Beziehungen herrschen zwischen Sowjetrußland und Japan beim. Italien. Aber diese Tatsache kann an dem Gesamtbild, das für Sowjetrußland keineswegs erfreulich ist, nichts ändern.

Ein Ereignis wirft ein besonders grelles Licht auf die heikle Lage, in der sich Sowjetrußland heute noch befindet. Es handelt sich dabei um einen internationalen Skandal, der in den letzten Tagen entstanden ist, und der seitdem ständig wächst, ohne daß seine Grenzen jetzt schon zu übersehen wären. Dieser Skandal ist um das russische Gold entstanden, das neulich nach Amerika verschifft wurde, um die Kreditoperationen, die auf Grund der russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen sich ergeben, zu erleichtern und zu forcieren. Rußland ist bekanntlich kreditunwürdig, was sich deutlich genug bei den nunmehr abgebrochenen deutsch-russischen Handelsverhandlungen gezeigt hatte. Um nun den Amerikanern ihre Kreditwürdigkeit zu beweisen, hat die russische Regierung Goldbarren in einer Gesamtsumme von 5 Millionen Dollar nach New York abgehandelt. Diese Operation wurde von der Deutschen Garantie- und Kreditbank ausgeführt. Das Gold wurde in New York bei der Chase Nationalbank und bei der Equitable Trust Co. deponiert und sollte dem Finanzdepartement der Vereinigten Staaten ausgeliefert werden. Und nun geschah die erste Ueberraschung: Der amerikanische Staat hat sich geweigert, das russische Gold anzunehmen! Er schickte sich dabei auf eine Bestimmung aus dem Jahre 1920, der zufolge Sowjetgold weder direkt noch indirekt nach Amerika eingeführt werden soll. Diese Bestimmung wurde nie ausgeführt; schon im Jahre 1921 hat Krassin, der verstorbene russische Botschafter in London, dem amerikanischen Staatsbürger Brown 10 000 000 Dollars in Gold ausgezahlt, welches Gold widerstandslos nach Amerika gelangen konnte. Seit der russisch-amerikanischen Handel in vollem Gange ist, ist es üblich geworden, wie es anders auch nicht sein kann, daß die amerikanischen Lieferanten russisches Gold in Empfang nehmen, und daß russische Waren nach Amerika eingeführt werden. (Goldbarren können schließlich auch als Ware betrachtet werden.) Wie kam es nun, daß der amerikanische Staatssekretär für Finanzen, Mellon, diesmal ein so gutes Gedächtnis aufwies, und sein Veto gegen das russische Gold einlegte? Das erklärt uns so verblüffend, als seinerzeit das amerikanische Auswärtige Amt durch Kellogg, sowie das Weiße Haus keine Einwände gegen die bevorstehende Ankunft des russischen Goldes erhoben haben und als die Grenzbehörden es auch für möglich hielten, diese „Ware“ nach den Vereinigten Staaten einzulassen. Das Rätsel wurde aber sehr schnell gelöst.

Als nämlich die Deutsche Garantie- und Kreditbank im Auftrage der Moskauer Staatsbank nach der Ablehnung des amerikanischen Staates versuchte, das russische Gold von den New Yorker Banken zurückzubekommen, und nach Deutschland zurückzuschicken, kam die zweite Ueberraschung: Das Gold wurde nicht ausgeliefert. Jetzt stellte sich heraus, daß die Bank von Frankreich einen Anspruch auf das russische Gold erhoben hat, und daß die Verweigerung der Annahme durch den amerikanischen Staat infolge einer französischen „Anfrage“ erfolgte.

Jetzt ist ein großer politischer Streit um dieses Gold in vollem Gange. Die Franzosen behaupten, das russische Gold sei mit demjenigen Gold identisch, das Frankreich während des Krieges bei der russischen Staatsbank deponiert hat (das waren Goldbarren in einer Summe von 32 Millionen Goldmark).

Die Revision des Dawesplanes

Newport. Die „International“ meldet aus Paris, man habe in dortigen unterrichteten Kreisen mit einer internationalen Reparationskonferenz im Jahre 1929 mit folgendem Programm:

- 1. Festlegung der Reparations-Endsumme, auf etwa 7 1/2 Milliarden Dollar.
- 2. Ausarbeitung eines neuen Reparationsplanes und
- 3. Die Auflegung einer großen deutschen Anleihe in Amerika.

Offenbar handelt es sich bei dieser Meldung der „International“ um eine Wiederbelebung der bereits vor einigen Monaten kühnen Gerüchte, die von einer Festlegung der deutschen Reparations-Schuld auf 30 Milliarden Mark sprachen. Angesichts der Tatsache, daß mit einer Revisionskonferenz erst nach Beendigung des ersten Standardjahres zu rechnen wäre, haben Betrachtungen über die Höhe der endgültigen Reparations-Summe nur akademischen Wert. Auch eine Ziffer von 30 Milliarden Mark wäre deutscherseits undisputabel, solange nicht

feststände, in welcher Weise die bereits erfolgten deutschen Leistungen berücksichtigt werden sollen. Immerhin zeigt die Meldung der „International“, daß man in Paris die ursprüngliche lächerliche Forderung in Höhe von 132 Milliarden Mark ganz erheblich zurückgedraht zu haben scheint.

Der Meldung eines Berliner Sonntagblattes aus Newport zufolge beschäftigt sich auch die „Newport Times“ in einem Bericht aus Paris mit angeblichen Plänen der Internationalen Bankwelt zur Festlegung der deutschen Reparations-Schuld auf 32 Milliarden Mark. Der Plan sehe eine Bonds-Ausgabe vor, wovon 16 Milliarden auf Eisen- und Industriebonds kommen und der Rest zu Lasten des Reichshaushaltes gehen solle. Die Eisenbahn- und Industriebonds sollen zur Deckung der alliierten Schulden in Amerika dienen, die restliche Hälfte zur Befriedigung der französischen und belgischen Reparationsansprüche. Da diese 3 pro. Bonds in Amerika nicht zum Nennwert auflegbar seien, so müßte wohl Amerika seine Ansprüche an die Alliierten etwas einschränken.

gen des Dawesplanes.“ Immerhin verlautete aus sicherer Quelle, daß keine Aenderung des Dawesplanes ins Auge gefaßt werde, so lange Coolidge die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten innehat. Was die Möglichkeit einer persönlichen Diskussion statt telegraphischer Verhandlungen über den Antikriegspakt anbelange, so sprächen gewisse Anzeichen dafür, daß das Staatsdepartement die Anregung einer Konferenz am grünen Tisch annehmen würde.

Neue Beschuldigungen gegen deutsche Ingenieure

Wie aus Charkow gemeldet wird, ist der deutsche Monteur Wagner nach Berlin abgereist. Wagner wird voraussichtlich Montag abend in Berlin eintreffen. Die deutsche Botschaft soll die Erlaubnis der Sowjetbehörden erhalten haben, Pakete und Zeitungen an die Verhafteten zu senden. Der Oberstaatsanwalt Krassin erklärte, daß weitere Entlassungen deutscher Ingenieure aus der Haft nicht in Frage kommen. Der verhaftete Ingenieur Otto wird neuerdings beschuldigt, der Verbindungs- und Vertrauensmann zwischen den russischen Gegenrevolutionären und ausländischen Bankgruppen zu sein. Eine Zusammenkunft zwischen den Verhafteten und den Vertretern des Generalkonsulats in Charkow hat bis jetzt noch nicht stattgefunden. An maßgebender Stelle in Berlin ist von einer Rückkehr Wagners nach Deutschland noch nichts bekannt.

Das Echo des Genfer Fehlschlages in England

London. Der Fehlschlag der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission wird in den Sonntagblätter noch nicht kritisch behandelt. Der Zusammenbruch der Genfer Arbeiten komme in England kaum überraschend. Die von Washington ausgegangene Anregung nach Einberufung einer neuen Flottenabrüstungskonferenz war in England nicht mehr ernst genommen worden und es spricht wenig dafür, daß man ernsthaft an die Möglichkeit einer neuen Flottenabrüstungskonferenz vor Ablauf des Washingtoner Vertrages im Jahre 1931 glaubt. Dagegen hat der für England günstige Verlauf in der Behandlung des amerikanischen Flottenbauprogramms durch das Repräsentantenhaus und den Senat zweifellos den Wunsch gestärkt, durch neue Anregungen die letzte Mißstimmung zwischen Amerika und England über den Fehlschlag der Genfer Flottenkonferenz zu beseitigen.

Das Saarland fürs Reich

Das Ergebnis der Landesratswahlen.

Saarbrücken. Das Wahlergebnis der am Sonntag abgehaltenen Landesratswahlen im Saargebiet zeigt gerade die Veränderung. Voraussetzungen ist, daß die jetzigen Wahlen ausschließlich unter Parteien erfolgten, die grundsätzlich dem Reich feindlich sind und für schnellste Rückkehr des Saargebietes zum Reich eintreten.

Bei den vorigen Wahlen aufgetretene Separatistengruppe des Saarlandes, die damals annähernd 7000 Stimmen auf sich vereinigte, ist diesmal völlig verschwunden, wie überhaupt die ganze von der französischen Propaganda geführte allgemeine Partei nicht mehr existiert. Die Wahlen sind im letzten im Anschluß an die deutsch-nationale Wahlversammlung im Saargebiet kleinere Aufstrebungen auf den Straßen, wobei hauptsächlich Kampfbühnen einander ins Gehege kamen und es auch blutige Kämpfe gab.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis:

Partei	Stimmen	Mandate
Zentrums-Partei	128 888 (108 211)	15 (14)
Kommunisten	46 407 (40 234)	5 (5)
Sozialdemokraten	43 411 (46 627)	4 (6)
Christl. V. P.	26 228 (37 591)	3 (4)
Vereinigte Liberale und dem. V. P.	4 496	1 (—)
Republikanische Partei	—	—
Republikanische Partei zum ersten Male	9 146 (10 390)	1 (1)
Republikanische Partei zum zweiten Male	—	—
Republikanische Partei zum dritten Male	9 302 (—)	1 (—)
Republikanische Partei zum vierten Male	3 900 (—)	—

Die Wahlbeteiligung mit ungefähr 65 Prozent der vorigen Wahl entsprechend. Auffällig war die relativ starke Anzahl der ungültigen Stimmzettel.

Zusammentunft Kellogg mit Briand

Paris. Nach einer Washingtoner Meldung der „Chicago Tribune“ spricht man augenblicklich von der Möglichkeit einer persönlichen Unterhaltung zwischen Briand und Kellogg über den Mehrseitigkeitspakt. Ferner sei die Rede von einer gewissen Demarche der europäischen Mächte in Washington bezüglich möglicher Aenderun-

